

National-Zeitung.

Abonnement: Berlin: Viertel 1.25 20.%, für ganz Preußen 2.25 20.%, für das übrige Deutschland 2.25 24.%

Belegungen nehmen alle Postämter des v. Anstalts an; Berlin: Spandauerstr. 81. Inzerate: die Seite 2 2/3.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: Auswanderungsangelegenheit; zur Ueberwindung der Schwierigkeiten; aus dem Abgeordneten- und Herrenhaufe. Gotha: Eröffnung des gemeinschaftlichen Landtages. Hamburg: Auswanderung. Oesterreichischer Kaiserthum. Wien: von der Börse; Antheilsgeld; das Ministerium; die ministeriellen Aemter. Schweiz: die neuburger Konferenz; Eisenbahnkonferenz; Verhältnisse. Frankreich. Paris: die neuburger Konferenz; Tagesbericht. Großbritannien. London: der russische Botschafter; das Ergebnis der französischen Botschaft; die Entbindung der Königin; der Republikanismus. Danemark. Kopenhagen: aus dem Reichsrath; Dr. v. Scheer. Italien. Vercelli: Kriegserklärungen; Handelsvertrag mit Oesterreich. Amerika. New-York: die chinesische Frage. Berliner Nachrichten.

Deutschland.

* Berlin, 17. April. Bekanntlich sind die nach Amerika auswandernden Personen nicht selten belagerten Opfer amerikanischer Spekulation geworden und ist namentlich jenseits des Ozeans ein eigenartliches System, die bestige Handelsmarine mit Waizen zu versehen, sehr beliebt. Arme Auswanderer werden unter Vorwänden und Versprechungen an Bord amerikanischer Schiffe gelockt und durch List oder Gewalt zu Matrosen gezwungen. Wie die „Zeit“ hört, hat die preussische Regierung auf die ihr zugegangene Mitteilung, dass diese unehrenhafte Handlung von jenen Wäldern betroffen werden, aus freien Stücken sich bewegen gelassen, im diplomatischen Wege die dem Gouvernement der Vereinigten Staaten auf die dem Interesse der Menschheit entsprechende Abhilfe hinzurufen.

Wir meldeten bereits, daß der Obersterath die Frage wegen einer neuen Entscheidungsgesetzgebung in die Hand genommen habe. Die „Spener'sche Zig“ macht nun heute über den Stand dieser Angelegenheit folgende Mitteilung: „Der Obersterath ist bei seinen Erwägungen von dem Grundsatz ausgegangen, daß ein Bruch des Staates und der Kirche, weil er jedem dieser Institute gleich nachtheilig sein würde, zu verhüten sei, und demgemäß sich eine kirchliche Praxis gefallt, welche auf der einen Seite das kirchliche Bewußtsein schont, auf der anderen aber nicht jenem Extrem dienlich wird, welches noch weiter als die richtig verhandene Lehre der heiligen Schrift zu gehen geneigt ist. Um nun in diesem Sinne vorzugehen, mußte aber die Bestimmung von 1846, wozu gegen die Trauung geschiedener Personen nicht eingeschränkt werden sollte, hinzugefügt werden, und sollen drei Kategorien aufgestellt werden, nach denen sich die Praxis erhebt: 1) Fälle, in denen der Heilige unvermeidlich trauen muß; 2) Fälle, in denen der Heilige nicht trauen darf; und 3) Fälle, die zweifelhaft sind, wozu er an das betreffende Consistorium zu berichten hat, welches sodann zu entscheiden hat, ob eine Wiedertrauung statthaft sein kann oder nicht. Es versteht sich von selbst, daß wenn der ersten Falle nicht nachgegeben wird, ein Dilemma vorliegt gegen den betreffenden Geistlichen einzutreten kann. Dasselbe wird auch eintreten, wenn die zweite Bestimmung außer Acht gelassen wird. Den dritten Fall bilden besonders vorkommende Wiedertrauungen, denen eine Entscheidung vorberging, welche nur nicht geradezu unter eine der beiden ersten Kategorien fällt, die aber nach Analogie zu behandeln ist.“

Die Kommission des Abgeordnetenhauses über Avarverhältnisse hat über mehrere Petitionen Bericht erstattet und empfiehlt 2 Verleihen der Regierung zur Erwägung. Die erste geht von einer Anzahl kleiner Grundbesitzer in der Gegend von Halle aus; sie bitten, auf die Verleihen der Gegend von Halle auszuweichen zu dürfen, da sie keinen der ihr verpöndlichen Vortheile erlangt, durch die Ueberföhrung der Anlagekosten auf die geringen Leistungen der angelegten Bewässerungskanal unverhältnißmäßig belastet sein. — In der zweiten Petition ist die Stadt-Kommune Ruffen um eine im Wege der Gesetzgebung zu erlassende Erweiterung der Mißbildungsgeetze, sie glaubt durch zu geringe Entschädigungen für ihre früher empfindlich ausgeübten Befugnisse verlegt zu sein. Die übrigen 3 Petitionen sind von keinem allgemeinen Interesse.

Im Herrenhaufe wird, nach Erledigung des Budgetberichts, der wahrscheinlich zwei Sitzungen beansprucht wird, die Salzfleuer-Berlage, falls nicht anderweitige Beschlüsse eine Abänderung bedingen, für die Mittwoch-Sitzung auf die Tagesordnung kommen.

* Gotha, 16. April. Der Herzog hat heute den gemeinschaftlichen Landtag mit einer Rede eröffnet, welche nach einem Rückblick auf die Vergangenheit die Vorfälle aufzählt, mit denen sich der Landtag zu beschäftigen haben wird: „Hiernächst wird durch mein Staatsministerium zu Ihrer Bezeichnung eine Gesetzesvorlage gelangen, durch welche nicht nur eine Veränderung in der jetzigen Organisation dieser obersten Behörde, sondern auch, damit verbunden, die Umstellung unvollständiger Reformen im Gebiete der Verwaltung bewirkt wird. Erweiterung der Selbstständigkeit der Gemeinden, Trennung der Zuständigkeit von der Verwaltung und in der unteren Instanz, Verminderung der Besoldungen und in Folge dessen Ausrüstung im Staatshaushalt, mit gleichzeitiger Vermeidung der Mittel zur Verbesserung der unzulänglichen Beamten-Gehälter: — das sind die hauptsächlichsten Punkte, welche ich bei jenen Reformen im Auge habe. Schließlich soll auch noch ein unvollständiger Gesetzentwurf in Betreff der Militärpflicht Ihre Thätigkeit in Anspruch nehmen.“

Daran anschließend, gedachte die Rede mit Debetoren der nicht in ihrem ganzen Umfange die Erfüllung gegangenen Erwartungen, welche sich vor vier Jahren an den Erlaß der neuen Verfassung knüpften:

„Die gegenseitigen Verhältnisse beider Verfassungsorgane haben sich nicht so amideit, wie es in Bezug auf Einheit des Organismus, auf Einigkeit der Gesichtspunkte, auf Gleichmäßigkeit der Grundzüge in Gesetzgebung und Verwaltung zu wünschen gewesen wäre.“

„Meine Herren, daß dieser Zustand ein anderer, ein besserer werde, dazu können Sie nur Ihre Mitwirkung lieben das beste Mittel haben Sie nicht im Zweifel sein.“

„Es ist die vollständige Vereinigung beider Verfassungsorgane. Sie, meine Herren, sind demnach zu befragen, die Frage der vollständigen, durch Verleihen, jedoch Sonderstellung ausstehender Verleihen, gegenwärtig wieder aufzunehmen.“

„Nächstens Sie sich haben überlegen, daß all und jede Verleihen, die vollständig erreicht, sind die obigen Verleihen vollkommen erfüllt werden können, ohne die vollständige Vereinigung.“

„Gegenüber die diese wichtige Frage mit Ihrem Blick und dem besten Willen, sie zum Wohl der Verfassung zu erledigen — und es werden alle jene anderweitigen Vorschläge von Bewusstseinslosigkeit des einen Landes vor dem anderen, von Verwundung der einen Regierung vor der anderen, alle jene Forderungen, daß die Verleihen

in solchem Verstande sich vertheiliger werden regieren lassen, in die Rücksicht zu fassen.“

„Gestern wählte der Landtag den Abgeordneten Verlet mit 16 St. zum Prääsidenten und den Abg. Oberländer zu dessen Stellvertreter.“

— Hamburg, 16. April. Die durch Präses Dr. Halle's (wie gestern erwähnt) Scheiden aus dem Rärnberger Handelsrechts-Konferenz auf längere Zeit ruhende Bilanz in der Vertretung Hamburgs bei denselben wird durch eines der Senatsmitglieder selbst, Dr. Haller, einen unserer tüchtigsten Juristen, ausgefüllt werden. — Man erinnert sich seiner so großen Zahl von Auswanderern, wie sie seit Sonntag von allen Seiten hier zusammenströmte, um gestern oder heute nach Amerika besetzt zu werden. Unsere direkten und indirekten Erpedienten können nicht Schiffe genug herbeischaffen, um den Auswanderungsflutungen sofort zu genügen; Viele werden gezwungen sein, ihre Reise über Bremen zu machen. Einen großen Profit von dieser Massenwanderung ziehen auch die Hamburgischen Dampfschiffe „Bornstia“ und „Damonica“. — Die „Hamonica“ ist heute Vormittag nach einer nicht ganz 15tägigen Fahrt von New-York in Gurland wieder eingetroffen, um am 1. Mai wiederum ihre Reise dahin anzutreten. — Das Tagesgespräch bildet die vorgestern Abend vorgefallene Selbstverwundung eines schon ziemlich alten Dienstmädchens, welche sich, wie verlautet in einem Anfälle religiöser Raserei, mit einem gewöhnlichen Messer den linken Arm abhieb.

Oesterreichischer Kaiserthum.

Wien, 15. April. Heute Vormittag fand am dem Josephstädter Glacis eine glänzende Parade der Wiener Garnison statt; der Kaiser kommandirte hierbei selbst eine Compagnie der Kavallerie. — An der Börse herrschte heute eine bessere Stimmung als gestern. Man verkehrte, daß Privatbanknoten bei der Umlaufzeit des Grafen Geyersdorf vermehrt seien und den Bestimmung Derjenigen, welche sich nun einmal darin gefallen, die Dinge toleranter anzusehen und die Konturine wie einen Erwerbssack betrachten und ausbeuten, erhebt mindestens einer gewissen Biegbarkeit nicht. Zur Erleichterung der schwachen Seelen dient namentlich auch, daß die Kreditbank der Staatsverwaltung kürzlich ein Memoire abgereicht hat, worin die Lage des Fages ausführlich geschildert und auf einige Mittel der Abhilfe hingewiesen wird. Der Leiter unserer Finanzen geht übrigens von dem unabwehrbar richtigen Grundsatz aus, daß namentlich aus in finanziellen Dingen das Zielregieren und willkürliches, ständisches Eingreifen vom Uebel sei und daß die ökonomische Thätigkeit der Nation sich am natürlichsten in und durch sich selbst vollende. — Wie ein Abtrünnig noch nicht begünstigter Gedacht wissen will, sollen am 24. April, dem Gedächtnistage Ihrer Kaiserl. Majestät, mehrere wichtige Erlasse und namentlich ein allgemeiner Amnestie-Erlass erscheinen, der jedenfalls nur eine Frage der Zeit geworden ist.

Wien, 16. April. Die Minister-Konferenz ist gegenwärtig, wie man der „Salz. Zig.“ schreibt, durch den Eintritt des Grafen Grana, ersten General-Adjutanten des Kaisers, und des Chefs der Obersten Polizeibehörde, Freiherrn v. Kempen, nach allen Richtungen der Staatsverwaltung hin vertheilt. Sie zählt jetzt folgende Mitglieder: die Minister Graf Duol-Schauenstein, als Präsident, Freiherr v. Bach, Graf Leo Dana, Freiherr v. Kraus, Ritter v. Zoggenburg, Freiherr v. Brud, Johann Witz, Graf Gräne und Witz. Freiherr v. Kempen. Im Reichsrath ist Herr Robert v. Pichler zum Vice-Präsidenten ernannt. Präsident desselben ist bekanntlich Herzog Rainer. Während des Präsidiums des verstorbenen Freiherrn v. Albed ist er nicht nur die Stelle eines Stellvertreters des Präsidenten mit der erweiterten Bevollmächtigung der Minister-Konferenz, sondern es scheint, die verschiedenen Verträge von einer Zustimmung der obersten Polizeibehörde sowohl, als von einer Genehmigung des Freiherrn v. Kempen zum Minister erledigt. — Auf die Nachricht von der Gewaltthat, welche die herrschende Partei von Cetinje an den greisen Eltern des Senatspräsidenten Georg Petrovic in Kijefsk ausgetrieben hat, ist letzterer in Begleitung des kaiserlichen Erzhofmarschalls Viktor Radovic am 11. von Wien nach Cattaro abgereist. Die Anhänger des Georg Petrovic forderten diese Maßregel dringend, und drohten, falls sie nicht erfolgt sollte, mit einem offenen Aufstand, um der Sordidität der Senats-Vizepräsidenten Wirtlo ein Ende zu machen. Georg Petrovic hatte noch vor seiner Abreise Audienz bei dem Grafen Duol, und bei dem kaiserl. russ. und dem kaiserl. franz. Gesandten. Oesterreichischerseits wurde ihm der Rath gegeben seinen Aufenthalt zur Ruhe und Geduld zu vermeiden, mit der Versicherung, daß die Angelegenheiten von Montenegro von den Großmächten im diplomatischen Wege zur Zufriedenheit aller Parteien werden geregelt werden. Auch Wirtlo soll durch das laienl. österreichische Gouvernement von Cattaro aufgedrängt worden sein, alles zu vermeiden, was die in zwei Lager getheilten Gemüthsorgane gegen einander erhitzen oder was wohl gar zum Parteienkampf führen könnte. — Am verflochtenen Dienstag hat sich in Laibach ein belagertes Unheil ereignet. In dem Sammelhaufe für Militärtransporte, dem sogenannten Kolosseum, einem vor nicht langer Zeit errichteten Gebäude, stürzte der Pfand von dem zweiten Stockwerk in das erste, und verlegte viele Soldaten. Die Zahl derselben wird verschieden angegeben; sechs sollen schwer verwundet sein.

Schweiz.

Basel, 14. April. Aus Bern wird der „N. Zürcher Zig.“ geschrieben, die Behauptung, der Bundesrath habe die preussische Entschädigungsforderung „im Prinzip“ nicht anerkannt, sei eine bloße Phras. Thatsächlich habe der Bundesrath „pour en finir“ allerdings eine Gesammtsumme ausgemessen. Eine Pariser Korrespondenz der „Zig.“ versichert, die Konferenzmitglieder hätten sich von der Billigkeit einer beträchtlichen Entschädigung der Forderung von 3 Millionen überzeugt, seit dem nachgewiesen, daß man bei der Kapitalisierung der somme royale nicht die Höhepunkte mit 100,000 Fr., sondern die reine Summe, welche nach einer amtlichen Schätzung des früheren Kaisers Alexander nur etwa 30,000 Fr. betrug, zum Grunde legen müsse. Dennoch und obwohl die Schweiz durch die Neuburger Bewegung etwa 5 Mill. Fr. Kosten gehabt habe, müßte sie sich zu einer Entschädigung, vielleicht bis zu 1 Mill. verstehen, um durch zweifelhafte Kompromisse die Unabhängigkeit Neuchâtel desto fester zu sichern. Die Angabe des „Journal de Neuchâtel“, daß Dr. Arn den Konferenzvollmächtigten eine ausführliche Denkschrift über die verschiedenen Streitpunkte übergeben habe, wird vom „Zug.“ bestätigt, der dabei die Beurteilung beifällig bemerkt, welche

der schweizerische Bevollmächtigte wegen seiner Festigkeit und der Gründlichkeit seiner Argumentationen jetzt auch in solchen Ländern finde, die ihn früher abfällig in der öffentlichen Meinung herabzusetzen bemüht waren. — Der Neuchurger „Independant“ verlangt die Einberufung der Bundesversammlung, damit diese nicht späterhin bloß eine vollendete Thatsache zu genehmigen habe.

Ein in Säckingen wohnender holländischer Werber Grunddel aus dem Kanton Zürich, ist von der kantonischen Polizei verhaftet und von der badischen Behörde vergebens reklamiert worden. — In Solothurn sind auf telegraphischen Wink ihrer Eltern drei junge Freiburger aus guter Familie abgeholt und heimgeführt worden, als sie eben im Begriffe standen, mit der Basler Post dem Werdepot in Verruch zu reisen. — In der Schweiz giebt es gegenwärtig 51 Turnvereine mit 1066 Turnern. — Die Eisenbahnkonferenz, welche die Regierung von Bern zur Befriedigung der kantonischen Angelegenheiten angesetzt hat, wird Donnerstag den 23. April nächstfolgend in Bern stattfinden. Es sind d. h. eingeladen worden die Regierungen der Kantone Gen. Vaudo, Freiburg, Neuchurg, Valais, Solothurn, Baselstadt, Valand und Luzern. Auch der Bundesrath ist angezogen worden, falls, wenn er es angemessen finde, dabei vertreten zu lassen. Die Berner Regierung hat bereits der Centralbahn erklärt, daß sie sich durch die Pariser Fusion nicht gebunden halte, bevor ihr der Vertrag zur Genehmigung vorgelegt sei. — Der „Zug.“ berichtet über zwei Erscheinungen, welche durch die schweizerische Erhebung auf amerikanischem Boden in's Leben gerufen sind: die Gründung einer Wodenschrift „Delicia“, zur Förderung der Interessen der Schweizer in Amerika, und die Bildung eines Schweizer Vereins dafelbst, um durch Ankauf geeigneter Ländererz Schweizer Städte zu gründen.

Frankreich.

Paris, 15. April. Die Neuburger Konferenz hat heute seine Sitzung gehalten und, da Einladungsschreiben zu einer andern Sitzung bis jetzt nicht ergangen sind, so ergiebt sich von selbst, daß die unter der Hand geflogenen Verhandlungen bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt haben. — Das „Bour.“ zeigte gestern an, die Türkei und Persien beabsichtigen ihren Gränzstreit in Asien dem Schiedsrichter einer weltlichen Macht zu unterwerfen. Da wohl niemand daran denkt in diesem Augenblick England zum Schiedsrichter über eine Frage einzusetzen, bei welcher Persien im Spiel ist, so kann das „Bour.“ nur Frankreich betheiligen wollen. Ich höre indes a. g. guter Quelle, daß auf diesem Gebiete wenig Wahres ist; Persien scheint die Entscheidung Frankreichs allerdings gewünscht zu haben, allein England und namentlich England dürften hiermit durchaus nicht einverstanden gewesen sein. — Der spanisch-mexicanische Konflikt zieht sich in die Länge, trotz der eifrigsten Bemühungen Frankreichs, die Sache zu schlichten. Den letzten Nachrichten zufolge waren die spanischen Unterthanen in Mexico unter den Schutz des französischen Gesandten, Herrn von Gubria, gestellt worden. — Prinz Napoleon wird allerdings von den Großfürsten Konstantin bewillkommen; es ist aber unrichtig, daß, wie behauptet worden ist, der Prinz dem Großfürsten bis Paris entgegenreisen werde. — Der heute durch den „Moniteur“ veröffentlichte Ausweis über die indirekten Steuern-Einnahmen des ersten Quartals dieses Jahres giebt eine Summe von 256,293,000 Frs. an, 14,202,000 Frs. mehr als in dem gleichen Zeitraum von 1856. Die Vermehrung beruht bis namentlich auf der Salzsteuer, auf das Tabakmonopol, den Realisationssteuer und den Konsumsteuer.

Paris, 15. April. Es hat zwar gestern keine Konferenz stattgefunden, doch haben die Bevollmächtigten Frankreichs, Englands, Oesterreichs und Russlands im Hotel des Ministeriums der Auswärtigen eine Zusammenkunft gehabt, um das Vermittlungsprojekt in der Neuburger Frage zu diskutieren, von dem ich Ihnen bereits vor einigen Tagen schrieb. In diesem Schritte liegt der Beweis, daß die letzten Instruktionen aus Berlin und Bern keine neuen Zugeständnisse enthalten. Die ich hier, schließt der Entwurf, den der französische Bevollmächtigte bereits gestern seinen Kollegen vorgelegt hat, eine Entschädigungssumme ein, ohne daß dieselbe jedoch die Ziffer von 3 Mill. erreicht. Wahrscheinlich werden die Bevollmächtigten morgen oder übermorgen mit der Beratung und Formulierung des Vermittlungsentwurfs zu Stande kommen; es wird dann sofort die Konferenz wieder zusammenzutreten, um den Vertreter Frankreichs und der Schweiz Kenntnis davon zu geben. Man darf sich nach wohl für Sonntagabend auf eine neue Verhandlung rechnen. — Die Reise des Kaisers nach Algerien scheint bis zum Herbst verschoben zu sein, wenigstens ist es bestimmt, daß sich der Kaiser in den ersten Tagen des Juni nach Romberges begeben wird, um dort wie im vorigen Jahre bis Mitte Juli zu verweilen. Die Kaiserin wird während dieser Zeit in St. Cloud verbleiben. Das Gerücht von einer Reise des Kaisers nach Neuenberg ist ungenügend. Der Kaiser Dr. Ganneau hat allerdings vor 14 Tagen bei Gelegenheit eines Ausfluges nach der Schweiz Schloß Neuenberg besucht, aber dort durchaus keine Einwirkungen getroffen, die auf einen Besuch des Kaisers schließen lassen. — Gestern fand wieder eine Konferenz der Marschälle statt, welcher der Kaiser präsidirte. Prinz Jerome, die Marschälle Villant, Peiffer, Wagner, Randon, Castellane, Dugué und Carrobert wohnten dieser Sitzung bei. Wie man erfährt, handelt es sich in dieser Beratung um die Algerischen Angelegenheiten, denen der Kaiser eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmet. — General Tolobon wurde gestern wiederholt vom Kaiser empfangen. — Der Kaiser und die Kaiserin wohnten gestern Abend einer Vorstellung der Signora Ristori bei. Die Tragödie Othavia von Alfieri, welche die Ristori dieses Jahr hier zum ersten Male vorführt, hat so ziemlich Fiasco gemacht. — Herr von Verjany ist gestern Abend mit seiner Gemahlin in Paris angelangt; er wurde bereits heute Morgen vom Kaiser empfangen.

Paris, 15. April. Graf Dabfeld und Dr. Kern haben den Konferenzvollmächtigten um erst offizielle Kenntnis von ihren letzten Befehlen gegeben; da dieselben die Angelegenheit dem Abschluß nicht näher führen, so berathen die übrigen Bevollmächtigten um ein eigene Hand einen Ausgleichentwurf. In der bevorstehenden achten Sitzung werden die Vertreter Preussens und der Schweiz zuerst offiziell ihre Erklärungen abgeben und man wird ihnen dann den schon bereit gehaltenen Kompromiß mittheilen, um schließlich die Entscheidung ihrer Regierungen darüber einzuholen. Da diese Konferenz-Verhandlungen an Länge nun schon fast diejenige über den orientalischen Krieg übersteigen, so wünscht alle Welt schließlich, es endlich ihr Ende erreichen zu sehen. — Anger Lord Egin befindet sich im Augenblicke auch Lord Granville hier, um da auch Graf Verjany von London angelangt ist, so glaubt man, daß die Verhandlungen wegen Frankreichs Beilegung am chinesischen Krieg dem Abschluß nahe